



Mitteldeutschland vor der Wahl

Bericht: Thomas Datt, Carina Huppertz, Alexander Ihme

Wimmelburg im Mansfelder Land. Früher lebte die Region vom Kupferbergbau, die DDR-Führung sprach gerne vom „Roten Mansfeld“. Statistisch ist Wimmelburg auch heute noch rot. Über 32 Prozent wählten hier bei der letzten Bundestagswahl die Linke – so viele wie in keiner anderen Gemeinde in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Wieso?

In Wimmelburg kann sich das keiner erklären. Wir sind bei der Blutspende, alle drei Monate ein großes Ereignis im Ort. Auch die ehrenamtlichen Organisatorinnen haben keine Erklärung.

Unverständlich, uns allen unverständlich. Ja.

Viele von ihnen sind über 70 – fast alle haben den Niedergang des Mansfeld Kombinats und anderer Großbetriebe nach der Wende miterlebt. Gertraud Sengewald merkt das heute an ihrer Rente.

Gertraud Sengewald:

Denn wir sind eine Generation die mit Abstrichen in die Rente gegangen ist, weil wir vom Alter her mit 60 nicht hätten gehen können, und das ist allerhand, und Arbeit haben wir auch damals nicht mehr gekriegt. Wenn wir nicht noch durch unsere Männer Witwenrente kriegen, dann sind wir gleichgestellt mit den Hartz-4-Empfängern, obwohl wir 40 Arbeitsjahre haben.

Nach der Wende hat sie in einer Reinigungsfirma gearbeitet – danach Weiterbildung und ABM, bevor sie mit 60 vorzeitig in die Rente ging. Der Arbeitsmarkt – bis heute Thema.

Gertraud Sengewald:

Das Mansfelder Land ist eben ein bisschen bescheiden dran. Durch den ganzen Wegfall der Mansfeld. Die ganzen Zuliefererbetriebe, alles was da dran hin, das ist alles weg.

Eigentlich klassisch linke Themen. Trotzdem wählt keine von ihnen die Linkspartei.

Gabriele John:

Es geht ja auch darum: Das muss ja auch finanziert werden. Wenn ich verlange: Ich möchte das und das, ohne dass man zuzahlt – irgendwo muss das Geld dann ja auch herkommen.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Mit der Infrastruktur in ihrem Ort sind alle zufrieden. Die Straßen sind neu, es gibt einen Supermarkt, Fleischer und Bäcker. Trotzdem gehen viele junge Wimmelburger weg. Der Ort hat seit 2000 17 % seiner Einwohner verloren. Von den Verbliebenen sind 58 ohne Arbeit. 250 Kilometer weiter östlich, in Reinhardtsdorf-Schöna, fast das gleiche Bild. Die Gemeinde hat 19% ihrer Einwohner verloren. 30 der Verbliebenen haben keinen Job.

Eine ähnliche Entwicklung – doch gewählt wird hier ganz anders. In der Sächsischen Schweiz traditionell rechts. Das merkt man auch in der Tourismus-Branche, von der die Region lebt. Davon berichtet Roland Helth – seit 35 Jahren Chef im Panoramahotel Wolfsberg.

Roland Helth, Inhaber Panoramahotel Wolfsberg:

Wir haben schon Anfragen gehabt: Gibt's denn bei Ihnen Aufmärsche der NPD, oder kann man bei Ihnen überhaupt sicher Urlaub verbringen, das ist alles Unsinn, das gibt es überhaupt nicht.

Parteien am rechten Rand bekommen seit Jahren mehr als 20 Prozent der Stimmen, so auch bei der letzten Bundestagswahl. FDP-Wähler Roland Helth muss sich in seinem Hotel um ganz andere Dinge sorgen.

Roland Helth, Inhaber Panoramahotel Wolfsberg:

Na unser Hauptproblem ist der Saisonbetrieb, dass wir nur Sommersaison haben und keine Wintersaison und damit natürlich das Arbeitskräfte-Problem, es gibt kaum noch Deutsche, die in der Gastronomie arbeiten wollen. Meine deutschen Mitarbeiter sind alle schon über sagen wir 60.

Auch in diesem Wahlkampf plakatiert die NPD sehr auffällig. Fast niemand, den wir im Ort fragen, will in dem hohen Ergebnis für die rechten Parteien ein Problem sehen.

Umfrage:

Das ist auch nicht so extrem bei uns. Die Medien sind das, die das immer so hochleben lassen, das merkt man gar nicht. Wenn man das nicht weiß, vom Hören so, wenn man das nicht weiß – man merkt es wirklich nicht.

Die Popularität der NPD schreiben viele einem Handwerker zu, der schon seit 2004 für die Partei im Gemeinderat sitzt.



Umfrage:

Das ist ein Unternehmer wie alle anderen auch hier im Ort, oder? Und wie jeder politisch eingestellt ist, danach müssen wir ni gehen, oder?

Ist die Nationaldemokratische Partei hier in der Mitte der Gesellschaft angekommen? In einem Ort, der noch nie auch nur einen einzigen Asylbewerber aufnehmen musste?

Wir besuchen NPD-Gemeinderat Michael Jacobi in seiner Firma.

Reporter: Als Gemeinderatsmitglied wollte ich Sie gerne mal sprechen.

Michael Jacobi, Gemeinderat, NPD: Sie wollen wieder mal die Wirklichkeit abbilden...

Reporter: Ihr Blick auf die Bundestagswahl.

Michael Jacobi, Gemeinderat, NPD Ich möchte nicht mit ihnen reden.

Reporter: Aber die 20 Prozent, wollen Sie die wieder erreichen?

Michael Jacobi, Gemeinderat, NPD: Ich möchte nicht mit Ihnen reden. Wie gesagt: Schön dass Sie da waren, und ich hoffe es kommt nicht wieder nur schlechtes dabei raus.

Reporter: Naja, das Problem ist wenn man etwas abbilden will und dann jemand nicht mit einem reden will.

Michael Jacobi, Gemeinderat, NPD: Sie brauchen auch die braunen Flecken, wollen Sie auf Ihren bunten Bildern mit drauf haben, das weiß ich.

Was die Menschen uns vor Ort erzählen, hat wenig mit den Themen von rechten Parteien zu tun. Es geht ihnen weniger um Überfremdung als um Probleme mit der Infrastruktur.

Umfrage:

Das Problem am ganzen ist halt: Die Internetqualität ist halt schlecht, die Busverbindungen etc. sind grauenhaft. Ich studiere auch in Dresden jetzt deshalb und musste aus gegebenem Anlass auch umziehen, weil ich hier auch einfach nicht arbeiten kann. Ich würde von hier nicht in die TU kommen.

Ehrenamtlicher Bürgermeister in Reinhardtsdorf-Schöna ist seit 11 Jahren Olaf Ehrlich. Der 49-Jährige ist ursprünglich angetreten, um ein Gegengewicht gegen rechts zu etablieren. Er rechnet auch bei der anstehenden Wahl mit vielen Stimmen für rechtsaußen.

Olaf Ehrlich, Bürgermeister (parteilos):

Von selbst erledigt sich das nicht. Man sieht das ja am Nachrücken der AfD, das diese Kräfte immer da sind und da sein werden und man kann der Sachen nur mit einer Politik entgegentreten, mit der man so viel wie möglich Menschen mitnimmt. Dass das schwierig ist in den Zeiten mag sein, aber man muss sich wirklich da Gedanken drum machen.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



In Wimmelburg im Mansfelder Land waren diese Kräfte nicht immer da – doch bei der letzten Landtagswahl tauchten sie auf. Die AfD wurde aus dem Stand stärkste Kraft – obwohl hier sonst die Linke überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Bäckermeister Volker Müller hat früher CDU gewählt – jetzt ist er AfD-Anhänger. Als Handwerker fühlt er sich von der Regierung im Stich gelassen – ob bei der Lehrlingsausbildung oder im Wettkampf mit großen Konzernen.

Volker Müller, Bäckermeister:

Also für mich wären das Größte die Grenzen. Damit endlich Deutschland wieder Deutschland ist. Und nicht die Globalisierung von Europa.

Zum ersten Mal legt er Werbung für eine Partei bei sich aus – denn die Situation in Deutschland habe sich sehr verschlechtert, meint er. In Wimmelburg ist kein Flüchtling untergebracht, aber die Flüchtlingspolitik beschäftigt ihn und seine Tochter Katrin trotzdem.

Katrin Müller, Bäckermeisterin:

Naja, wenn das dann mit den Messerattacken und den Bomben.... die Angst hab ich zum Beispiel persönlich. Wiesenmarkt was jetzt wieder bevorsteht – ob man da ruhigen Gewissens hingehen kann oder nicht..... ja.

Von ihren Kunden hören die beiden ähnliche Bedenken. Dass in Wimmelburg bei der letzten Bundestagswahl so viel links gewählt wurde, können sie kaum glauben.

Er hat tatsächlich schon immer links gewählt: Heiko Witte arbeitet in Eisleben in der Schuhfabrik und findet: Als Arbeiter und Ostdeutscher muss er auf jeden Fall bei der Linken sein Kreuz machen.

Heiko Witte:

Wenn man dann hört, was Manager und sonst was in die Tasche stecken – das ist bei der Linken nicht so der Fall. Die setzt sich noch für die Leute ein. Muss es auch, sie ist die Partei die hier groß ist.

Zwei Orte, viele Anliegen. Nur bei einem waren sich alle einig: Wählen gehen wollen sie in diesem Jahr unbedingt.